A12 Wir sind APO, nicht apolitisch!

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	30.10.2024
Tagesordnungspunkt:	3. Leitantrag

Antragstext

Die Grünen sind aus dem Landtag geflogen, die AfD landet bei über 30%, die Grüne Jugend verliert einen Haufen Mitglieder und wir, in Thüringen, verlieren zusätzlich den Großteil unserer finanziellen Mittel. Selten gab es schwierigere Zeiten für uns.

Thüringen bekommt allem Anschein nach eine Landesregierung aus CDU, BSW und SPD, eine Brombeer-Koalition. Schon unter der letzten rot-rot-grünen Landesregierung war es fast unmöglich, linke Ziele durchzusetzen und eine menschliche Migrationspolitik zu ermöglichen. Grund dafür war die Minderheitsregierung und die immer weiter nach rechts rutschende Bundesregierung. Um Gesetze durchzubringen, war die Regierung auf die CDU angewiesen. Diese hat ohne persönlichen Vorteil natürlich nicht zugestimmt. Jetzt, wo Linke und Grüne nicht mehr in der Landesregierung sind, ist es umso wichtiger, entschlossen zu bleiben und für die Rechte marginalisierter Gruppen in unserer Gesellschaft einzutreten. Dabei ist es egal, ob Menschen diese Benachteiligung durch Rassismus, Armut, Queer- oder Frauenfeindlichkeit erfahren. Diese Probleme sind struktureller Natur und nicht gottgegeben. Durch die Chancenungleichheit bei der Bildung haben nicht alle Kinder die gleichen Möglichkeiten. Dort entsteht eine Lücke, die bestehen bleibt.

Wir müssen uns weiter konsequent für soziale Gerechtigkeit einsetzen, während Grenzen dicht gemacht und Bürgergeldempfänger*innen von den Lindners dieser Welt herabgewürdigt werden. Wir werden der neuen Landesregierung ganz genau auf die Finger schauen und laut widersprechen, wann immer es nötig wird.

Trotzdem flacht auch die Klimakrise nicht einfach ab und muss wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte gebracht werden. Thüringen ist das Bundesland, welches in Deutschland am stärksten vom Klimawandel betroffen sein wird und gleichzeitig wirtschaftlich sehr stark profitieren könnte. Gleichzeitig wird der Klimawandel wahrscheinlich keine Rolle in der neuen Koalition spielen und es wird weiter Politik vorbei an der Realität gemacht, während Extremwetter Existenzen und Menschenleben kosten. Als Beispiel: In Teilen Deutschlands ist bereits die Trinkwasserversorgung gefährdet. Thüringen steht dank einer guten Fernwasserversorgung nochgut da. Doch auch hier braucht es Investitionen in Staudämme und Fernwasserleitungen, die durch eine Schuldenbremse verhindert werden.

Die Schuldenbremse gefährdet Leben!

Die neue Landesregierung wird den Antifaschismus erschweren. Ein Innenminister dessen Kritiker*innen nun nicht mehr zur Regierung gehören, sondern nur noch aus der Opposition heraus ankreiden können, ist ein Problem. Dazu eine CDU, die auf dem rechten Auge zunehmend blinder wird und den Linksextremismus in Thüringen für das größere Problem hält. Sowie das BSW, welches schon heute ein faschistisches Regime verharmlost.

Wir als GRÜNE JUGEND THÜRINGEN sind mit allen Antifaschist*innen solidarisch und stellen uns gegen völlig überzogene Repression. Wir unterstützen antifaschistische Demos, wo immer es geht.

Der Unterschied zwischen Ost und West ist immer noch gravierend. Im Westen verdienen Menschen im Schnitt 4.578 Euro, ihre ostdeutschen Kolleg*innen nur 3.754 Euro pro Monat. Wenn man dabei noch die Verteilung von Vermögen mit einbezieht, werden die Unterschiede noch größer. Es braucht endlich eine Umverteilung von West nach Ost, also von oben nach unten.

Dazu können Arbeiter*innen im Osten aber auch selbst einen Beitrag leisten. Jetzt muss es heißen: Alle in die Gewerkschaften! Ostdeutsche streiken weniger, als ihre Westkolleg*
innen, was auch an der schlechteren Tarifbindung liegt. In Thüringen werden nur 44% der Arbeitenden tarifgebunden beschäftigt - das ist der niedrigste Wert in ganz Deutschland.

Wir sind solidarisch mit allen streikenden Arbeitnehmer*innen!

Hoch die internationale Solidarität!

Und was nun?

Wichtig ist vor allem, dass wir uns weiterhin politisch weiterbilden und unser Wissen möglichst niedrigschwellig teilen. Damit ist allerdings nicht der xte Workshop zu Marx' Kapitalismuskritik und auch nicht das obligatorische kritische-Männlichkeits-Forum gemeint. Viel wichtiger sind Workshops, die unseren Mitgliedern erklären, was Marx' Theorien praktisch bedeuten und wie wir diese in die aktuelle Zeit übertragen können. Nicht jede*r Arbeiter*in muss ein "Kohlekumpel" sein.

Wir müssen anfangen, Bildungsarbeit neu zu definieren, weil Textarbeit echt nicht das einzige Tool sein kann und zu viele Leute ausschließt. Das funktioniert natürlich inzwischen durch Social Media, denn dort können wir (Noch-)Nicht-Mitglieder erreichen und die Gesellschaft aufklären sowie sensibilisieren. Fast alle jungen Menschen nutzen mehrmals wöchentlich soziale Netzwerke und die meisten verwenden diese zur Informationsbeschaffung - das können und sollten wir nutzen. Für die interne Bildungsarbeit sind vielfältige Formate wichtig. Das können Vorträge und Gruppenarbeiten sein, aber auch Workshops auf zwei Stufen - grundlegend und aufbauend. Wir müssen bestehende Strukturen hinterfragen und funktionierende weiter unterstützen.

In unserer Arbeit im nächsten Jahr müssen wir gemeinsam als Landesverband unsere neue Position und unsere Aufgaben finden. Dabei sind wir nicht alleine, schließlich haben wir viele Verbündete, wie die anderen Jugendorganisationen. Auch andere Landesverbände sind starke Partner - vor allem die Ostverbände natürlich. Die Grüne Jugend Brandenburg befindet sich in derselben Lage wie wir, hier lassen sich sicherlich Synergien finden.

Es gilt für uns mehrere Wege zu finden, Geld einzunehmen, da einige Mittel durch den Nichteinzug der Grünen in den Landtag fehlen.

Dennoch sind wir weiterhin motiviert, uns für eine gerechte, antifaschistische und queerfeministische Politik einzusetzen, die Umwelt und Klima schützt. Das tun wir innerhalb der Partei Bündnis90/Die Grünen, aber vor allem auf den

Straßen und im 1 zu 1 Gespräch. Um alle zu inkludieren, sind verschiedene Formate wichtig, da gerade das direkte Gespräch für Introvertierte schwer sein kann.

Also los - holen wir uns unsere Zukunft zurück!

Begründung

APO - woher kommt das überhaupt?

Der Begriff der Außerparlamentarischen Opposition (APO) kommt ursprünglich von einer studentischen Protestbewegung aus den 1960er-Jahren. Sie fühlten sich von der schwachen parlamentarischen Opposition nicht vertreten, weshalb sie die APO gründeten. Dabei ging es vor allem um die Unzufriedenheit mit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus der Elterngeneration. Diese waren so sehr mit dem Wiederaufbau beschäftigt, dass sie dies versäumten. Ideologisch kamen die Student*nnen nach Marx, da sie die marxistische Gesellschaftskritik wiederentdeckten. Daher feierten sie auch andere Freiheitskämpfer*innen, wie Rosa Luxemburg und Che Guevara. Sozialwissenschaftler*innen wie Theodor W. Adorno begeisterten mit ihrer antikapitalistischen Kritik an der Konsumgesellschaft.